

# **Gewerkschaft liche Monatshefte 10'77**

Heinz O. Vetter

---

## **Energiepolitik, Umweltschutz und Beschäftigung**

---

### *I. Ausgangslage*

Die Stellungnahme des DGB-Bundesvorstandes zum Thema Kernenergie und Umweltschutz vom April 1977 hat große Beachtung, viel Zustimmung, aber auch Kritik erfahren. Das ist verständlich. Manch einer, der sich in dieser Diskussion mit ganzer Kraft engagiert hat, hätte gerne seinen eigenen Standpunkt klarer und zweifelsfreier in unserer Stellungnahme wiedererkannt. Dies gilt zunächst für diejenigen, die mit respektablen Argumenten für Baustopp und Moratorium eintreten, wie jener DGB-Kreisvorsitzende, der aus unüberhörbarer Sorge um die ihm möglich erscheinende Zerstörung unserer Lebensgrundlagen die totale Revision der Bundesvorstandsentscheidung verlangte.

Dies gilt aber unter anderem auch für die Bundesregierung, die mit der von uns gestellten Bedingung nicht einverstanden ist, daß vor der Genehmigung neuer Kernkraftwerke der Bau einer Wiederaufbereitungsanlage genehmigt sein muß. Für uns ist die Entsorgungsfrage nicht schon dann geklärt, wenn eine von der Bundesregierung ernannte Kommission die technische Konzeption dieser Anlage geprüft und für machbar befunden hat, sondern dann, wenn gesellschaftlich und politisch eine

Standortentscheidung für diese Anlage durchgesetzt ist. Was sich bisher auf diesem Gebiet abspielt, ist ein trickreicher Grabenkrieg um Probebohrungen und die Prüfung möglicher und unmöglicher Standorte im Ausland, die bei näherer Betrachtung allesamt mehr Risiken als Vorteile bringen. Wer energiepolitisch lebenswichtige Entscheidungen im Interesse wahltaktischer Überlegungen verhindert oder verzögert, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, die deutsche Energiepolitik selbst zu einem Scherbenhaufen zu zerschlagen. Die Industrie, die sich den Vorwurf machen lassen muß, das Wiederaufbereitungsproblem nur durch die Profitoptik gesehen zu haben, ist in Zeitnot, nachdem der Versuch fehlgeschlagen ist, diese Aufgaben auf den Staat abzuwälzen. Um so intensiver beteiligt sie sich aber an der Diskussion mit ihren stärksten Waffen: Energielücken und Arbeitsplätze.

## *II. Zur energiepolitischen Situation*

Obwohl heute Vorhersagen über die künftige Entwicklung am Energiemarkt und damit über die richtige Energiepolitik nur schwer möglich sind, gehen wir davon aus, daß ein genereller Verzicht auf die Verwendung von Kernenergie, der sich ja erst in zehn Jahren voll bemerkbar machen würde, nicht möglich ist. Zwar ist es kein Naturgesetz, daß Bruttosozialprodukt und Energieverbrauch immer im Gleichschritt wachsen müssen, aber wir müssen zumindest mit der Möglichkeit rechnen, daß es nicht so schnell gelingt, den in der Vergangenheit gegebenen Zusammenhang zwischen Wachstum und Energieverbrauch aufzulösen.

Gegenwärtig und in den nächsten Jahren sind aufgrund besonderer Umstände auch bei verlangsamtem Ausbau der Stromerzeugungskapazität auf Kernenergiebasis keine Energielücken zu befürchten. Im Gegenteil, manches deutet darauf hin, daß die Elektrizitätswirtschaft, jedenfalls in großen Gebieten der Bundesrepublik, in den nächsten Jahren eher Absatzprobleme als Lieferschwierigkeiten haben wird. In anderen Regionen bestehen diese Spielräume nicht in diesem Ausmaß. Das verlangt eine differenzierte Betrachtungsweise. Solange jedenfalls Stromtarife der Elektrizitätsverschwendung Vorschub leisten, muß sich die Elektrizitätswirtschaft zu Recht nach dem Interessengehalt ihrer Warnungen vor einer angeblichen Stromlücke fragen lassen.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob die derzeitige privatwirtschaftliche Organisationsstruktur dieses Wirtschaftszweiges zur Bewältigung der energiepolitischen Probleme der Zukunft geeignet ist. Es ist z. B. keineswegs erwiesen, daß der Staat angesichts seiner beschränkten Informationsbasis energiewirtschaftliche Probleme überhaupt rechtzeitig erkennen und gegensteuern kann. Die Monopolkommission der Bundesregierung hat zur Organisation des Energiesektors erste Vorschläge gemacht. Zunächst bleibt abzuwarten, ob die von der Bundesregierung angeregten Verhandlungen zwischen Industrie, Stromwirtschaft und Kommunen über die Nutzung industrieller Stromerzeugungskapazitäten sowie über Durchleitungs-

rechte Ergebnisse bringen. Falls es auf diesem Weg nicht gelingen sollte, übergeordnete volkswirtschaftliche Zielsetzungen gegenüber den Eigeninteressen der Elektrizitätswirtschaft durchzusetzen, muß unweigerlich der Weg beschriftet werden, die Stromwirtschaft in öffentliche Gemeinwirtschaft zu überführen.

Das juristische und politische Tauziehen um jedes einzelne Kernkraftwerksprojekt — soviel zeichnet sich ab — wird im Ergebnis den von der Bundesregierung und der Industrie für nötig gehaltenen bzw. geplanten Ausbau der Stromerzeugungskapazitäten auf Kernenergiebasis stark verlangsamen. Es wäre unrealistisch, überhöhte Megawattzahlen aus Kernenergie in eine Strombilanz 1985 oder 1990 einzusetzen. Deshalb gibt der DGB der Kohle im Rahmen des Möglichen Vorrang bei der Stromerzeugung. Es muß alles getan werden, um die Genehmigungsverfahren für neue Kohlekraftwerke voranzubringen. An die Adresse der Bürgerinitiativen muß in diesem Zusammenhang gesagt werden: Wer glaubt, aus Verantwortung vor kommenden Generationen die Kernenergie ablehnen zu müssen, verliert seine Glaubwürdigkeit, wenn er auch den Bau von Kohlekraftwerken verhindert. Man kann nicht in der energiepolitischen Debatte ständig auf die Kohle hinweisen und im konkreten Fall, wenn diese Kohle verströmt werden soll, es verhindern. An die Kraftwerksbetreiber muß appelliert werden, dem Schutz der Bevölkerung vor staub- und gasförmigen Emissionen absoluten Vorrang vor betriebswirtschaftlichen Erwägungen zu geben.

Trotzdem wäre es auch unrealistisch anzunehmen, durch Kohleverfeuerung könnte der gesamte Strombedarf abgedeckt werden. Heute ist im Bergbau nur noch ein Drittel der früher dort Beschäftigten tätig. Die sogenannte „Kohlekrise“ hat Realitäten geschaffen. Rückblickend gesehen war es falsch, den Steinkohlebergbau so drastisch zu reduzieren. Für jemand, der in den fünfziger und sechziger Jahren dabei war, als sich die Bergleute und ihre Organisation gegen das Austrocknen dieses Wirtschaftszweiges gestemmt haben, kann die Wiederentdeckung der Kohle allerdings keine Genugtuung sein. Zu viele Schicksale sind mit dem Zechensterben verbunden. Festgehalten werden muß daher, daß manch einer damals den deutschen Kohlebergbau am liebsten ganz abgeschafft hätte. Hätten die Gewerkschaften im Verein mit den im Ruhrgebiet verwurzelten politischen Kräften nicht gerettet, was zu retten war, so stünde uns heute die „Option Kohle“ nicht zur Verfügung.

### *III. Energie, Umwelt und Arbeitsplätze*

Besondere Brisanz gewinnt die Energiepolitik durch ihre Beschäftigungswirkungen. Die Frage der Arbeitsplätze ist den Gewerkschaften auf den Leib geschrieben. Wenn auch die Unternehmerseite im Zusammenhang mit Energiepolitik beständig von der Gefährdung von Arbeitsplätzen spricht, so kann man das nur begrüßen. Darf man daraus die Hoffnung schöpfen, daß die Unternehmerschaft von Stund an, quer durch alle Branchen und unabhängig von der jeweiligen Situation, die Er-

haltung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu ihrer vornehmsten Aufgabe macht? Es ist bemerkenswert, wie partnerschaftlich und kooperativ die Unternehmerseite werden kann, wenn es darum geht, Arbeitnehmer und Betriebsräte als industriepolitische Botschafter einzusetzen, dieselben Betriebsräte, die vorher bei wirtschaftlichen Entscheidungen kaum informiert, geschweige denn gefragt wurden.

Für die im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften ist die Sorge um die Arbeitsplätze aller Arbeitnehmer, auch der beim Bau und Betrieb von Kernkraftwerken beschäftigten, oberste Richtschnur ihrer Politik. Diese Arbeitnehmer tragen nicht die geringste Verantwortung — weder dafür, daß aufgrund der allgemeinen Wachstumsschwäche weniger Kraftwerke gebraucht werden als geplant, noch dafür, daß die im Grundsatz vor zwanzig Jahren gefallene Entscheidung für die Kernenergie heute gesellschaftliche und politische Durchsetzungsprobleme stellt. Es ist unzumutbar, daß die Arbeitnehmer durch Arbeitsplatzverlust den Preis dafür zahlen sollen, daß das wirtschaftliche Kalkül der Kraftwerkshersteller weder auf dem Weltmarkt noch im nationalen Rahmen aufgeht. Von ihrem Selbstverständnis her müssen die Gewerkschaften aber auch dazu beitragen, daß die Arbeitsplatzinteressen dieser Arbeitnehmer nicht in einen Gegensatz zu dem allgemeinen berechtigten Interesse an einer intakten Umwelt gebracht werden. Es geht darum, durch vorausschauende Politik und — wenn es im Einzelfall nicht anders möglich sein sollte — durch soziale Schutzmaßnahmen, diesen Konflikt, der Arbeitnehmer und Betriebsräte überfordern muß, zu vermeiden. Dies gilt jedoch nicht nur für Kraftwerkshersteller. Es gibt nur wenige Arbeitnehmer, die nicht ständig befürchten müssen, durch wirtschaftlich-technische Maßnahmen ihren Arbeitsplatz zu verlieren oder Einkommenseinbußen zu erleiden; insbesondere auch im Hinblick auf umweltpolitisch motivierte Maßnahmen, die die Unternehmensleitungen häufig dazu nutzen, Arbeitnehmer gegen berechnete umwertpolitische Forderungen zu mobilisieren, was ihnen vielfach deshalb um so mehr gelingt, als die Arbeitnehmer und ihre Interessenvertreter infolge ihrer beschränkten Informationsrechte nicht genau nachprüfen können, ob der behauptete Gegensatz zwischen Umweltschutz und Arbeitsplatzsicherheit wirklich besteht. An die Adresse all derer, die in wachsender Zahl für Umweltschutz kämpfen, sei deshalb gesagt: Die vorausschauende Vermeidung und der Abbau von Zielkonflikten innerhalb der Arbeitnehmerschaft verlangt Maßnahmen in Bereichen, die auf den ersten Bück wenig oder nichts mit Energiepolitik oder Umweltschutz zu tun haben. An erster Stelle steht hier die Verwirklichung der vollen paritätischen Mitbestimmung in der gesamten Wirtschaft.

Ein Aspekt ist leider in der öffentlichen Diskussion unterbelichtet geblieben. Zwischen Energiepolitik, Umweltschutz und Arbeitsplätzen gibt es nicht nur Zielkonflikte. In vielerlei Hinsicht können sich diese Zielsetzungen gegenseitig unterstützen. Es muß u. a. mehr der Erkenntnis Rechnung getragen werden, daß die Gesamtbilanz der Umweltpolitik im Hinblick auf die Schaffung und Vernichtung von Arbeitsplätzen deutlich positiv ist. Durch Umweltpolitik bedingte Betriebsstillegun-

gen oder Teilstilllegungen - das zeigt eine Reihe von Untersuchungen - halten sich in engen Grenzen. Demgegenüber haben die Umweltschutzaufwendungen des Staates und der Industrie positive Beschäftigungswirkungen. Umweltschonende Produktionsverfahren bieten darüber hinaus erstklassige Exportchancen.

Gleiches gilt für Forschung und Investitionen zur Energieeinsparung und Gewinnung von Alternativenergien. Ihre Anwendung stärkt so arbeitsintensive Wirtschaftszweige wie das Handwerk und mittlere Unternehmen. Was Energieeinsparung betrifft, so gibt es keine Meinungsverschiedenheiten im Prinzip, es gibt lediglich unterschiedliche Beurteilungen des gesellschaftlichen Nutzens, der sich durch Gegenüberstellung von Aufwand und Ertrag ergibt. Es muß deshalb der Frage verstärkt nachgegangen werden, welche energiepolitischen Auswirkungen verschiedene wirtschaftspolitische Strategien haben.

Das Bemühen der Bundesregierung um Verbundsysteme zur Kraftwärmekopplung (z. B. Fernwärmeschienen zur Nutzung der Abwärme von Kraftwerken) wird von uns unterstützt. Ohne Zweifel handelt es sich hier um sehr teure Projekte, wobei aber zweifelhaft ist, ob kapitalorientierte Kostennutzenrechnungen die Entscheidungsalternativen hinreichend deutlich machen — wenn man an die damit verbundenen Arbeitsplätze sowie an die verminderte Wärmefracht unserer Flüsse denkt.

#### *IV. Gewerkschaften und Wachstumsdebatte*

Die Gewerkschaften müssen sich, trotz der Auseinandersetzung um konkrete Projekte, in der sie engagiert sind, der Tatsache stellen, daß es heute längst nicht mehr allein um energiepolitische Themen geht, sondern daß die Notwendigkeit weiteren wirtschaftlichen Wachstums zur Debatte steht. Wir sind zu der Überzeugung gekommen, daß angesichts der ständigen Arbeitsplatzverluste durch Rationalisierung und angesichts industrieller Überkapazitäten eine erfolversprechende Vollbeschäftigungspolitik gegenwärtig ohne aktive Wachstumspolitik nicht möglich ist, selbst unter Einbeziehung von Möglichkeiten zur Verringerung des Arbeitskräfteangebots. Die Nettoeinkommen von großen Teilen der Arbeitnehmerschaft können auch gut und gerne noch Wachstum vertragen, ohne an die Überflußgrenze zu stoßen. Aber die Gewerkschaften haben schon relativ frühzeitig jenen quantitativen Wachstumsrausch bei gleichzeitiger Unterversorgung mit öffentlichen Gütern kritisiert. Erinnerung sei hier an die wissenschaftliche Tagung der IG Metall „Qualität des Lebens“ in Oberhausen im Jahre 1972. Eine unter bestimmten Bedingungen formulierte Aussage zugunsten wirtschaftlichen Wachstums muß nicht heißen, einem gefährlichen Unbegrenztheitswahn zu verfallen, der zwangsläufig mit Rohstoffplünderung und Vernichtung unserer Lebensgrundlagen verbunden wäre. Im übrigen könnten die Gewerkschaften dort Unterstützung gebrauchen, wo sie im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation versuchen, solidarische Tarifpolitik durchzusetzen, gegen massiven Widerstand einflußreicher Privilegierter, die von „Gleichmacherei“ und „Zerstörung des Leistungsprinzips“ sprechen. Die Gewerkschaften könnten

auch in ihrer Kampagne für Arbeitszeitverkürzung Unterstützung gebrauchen gegen diejenigen, die dieses Konzept als „Rationierung der Arbeit“ verunglimpfen. All dies hat mit Lohnverzicht nichts zu tun. Die Gewerkschaften werden die Tarifautonomie nicht antasten lassen und ihre Tarifpolitik weiterhin als aktives Gestaltungs- und Kampfmittel einsetzen, um zu verhindern, daß die Arbeitnehmer zwar mehr leisten, aber unter dem Strich weniger dafür erhalten.

#### *V. Bürgerinitiativen und Gewerkschaften*

Obwohl Bürgerinitiativen keine absolut neue Erscheinung darstellen, sind sie in der Kernenergiefrage erstmals vor einer größeren Öffentlichkeit als Handelnde aufgetreten. Hier und dort sind sie auf Arbeitnehmer, Betriebsräte und Gewerkschaften gestoßen, die ihnen das Feld der öffentlichen Darstellung nicht überließen. Die konservative Presse hat eifrig davon Notiz genommen, was kein Wunder ist, wenn sich zwei Gruppierungen reiben, die man sonst beide als ewige Störenfriede betrachtet. Aber die Gewerkschaften werden sich besonders dann nicht in eine Auseinandersetzung mit den Bürgerinitiativen treiben lassen, wenn sie gewissermaßen stellvertretend von politischen und wirtschaftlichen Kräften vorgeschoben werden. Gefordert sind vielmehr die Parteien. Mit Sorge sehen wir, daß ihre Rolle ausgehöhlt werden könnte, wenn sie es nicht schaffen, die Bürgerinitiativen zu integrieren. Die Gewerkschaften haben bei verschiedenen Gelegenheiten, mit durchaus verschiedenen Akzentuierungen, Stellung bezogen. Wir sollten ohne Hektik und überzogene Schärfe Unterschiede dort deutlich machen, wo es notwendig ist. Einer der Hauptunterschiede ist, daß die Gewerkschaften flächendeckende Konzeptionen anzubieten haben und in keinem Fall auf das St. -Florian-Prinzip zurückgreifen können. Wir müssen auch eine Vielzahl von Zielsetzungen unter einen Hut bringen. Dies gilt für die Bürgerinitiativen nicht in diesem Maße. Wer nur ein Ziel verfolgt und alles andere als zweitrangig oder abgeleitet betrachtet, hat es in der Diskussion oft leichter. Unsere Funktionäre und Mitglieder sollten sich deshalb nicht verunsichern lassen, sondern sich bewußtmachen, daß der gewerkschaftliche Kampf stets um bessere Lebensbedingungen in einem umfassenden Sinne geführt wurde und daß der Schutz der arbeitenden Menschen vor den Gefahren an ihren Arbeitsplätzen der Anfang allen Umweltschutzes war, lange bevor die Krise der Umwelt ins allgemeine Bewußtsein rückte.